

Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1.50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringerlohn.

Inserate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Einzelpreis beträgt 50 Pfg. für die 6 gespaltene Zeile. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr. 46

Sonntag, den 12. November

1916

Wintersorgen.

Die diesjährige günstige Ernte ist eingebracht, aber es ist wenig Aussicht auf Verbesserung der Ernährungsverhältnisse. Wochenlang ist im Hauptausschuß des Reichstags über die Ernährungsverhältnisse verhandelt worden, die Fehlschlüsse der Regierungsmaßnahmen wurden aufgedeckt, eine Reihe von Anträgen angenommen, die eine Besserung bezwecken, aber kein Mensch im Reichstage täuscht sich darüber, daß für den einsetzenden Winter eine bessere Versorgung der breiten Massen mit Nahrungsmitteln nicht zur Ausführung kommen wird.

Die Maßnahmen zur Kartoffelversorgung leiten jetzt schon eine Einschränkung ein, die im gleichen Zeitraum des vorigen Jahres noch nicht zu spüren war. Diese Einschränkung soll zwar dazu führen, eine Katastrophe zu verhindern, wie sie im verflochtenen Frühjahr bestand, aber eine Bürgschaft dafür kann niemand übernehmen. Dies umföweniger, als keine genügenden Anstalten gegen den anderweitigen Verbrauch der Kartoffeln bis dahin getroffen worden sind.

Das alles sind nun die Folgen der Unterlassungen im Anfang des Krieges, als die Regierung aufgefordert worden war, sofort mit der Beschlagnahme der Lebensmittel vorzugehen und eine rationelle Regelung der Produktion einzuleiten. Die Fortwurstelung der privatkapitalistischen Produktion während des Krieges mußte wohl oder übel zu einer Ausnützung der Situation führen, die den Produktionsinhabern Riesenvorteile sicherte. Wie diese Ausnützung bis zur Auswucherung geführt hat, haben wir im einzelnen schon oft nachgewiesen. Die Konzentration der Vermögen steigert sich infolge dessen rapid. Man wird staunen, wenn nach dem Kriege aus den Listen der Steuerpflichtigen die Zunahme der großen Einzelvermögen bekannt wird. Dabei ist noch nicht anzunehmen, daß diese Listen die volle Wahrheit bringen werden. Denn aus den Jahresabschlüssen der Aktiengesellschaften ist zu ersehen, welche große Summe aus den erlangten Kriegsgewinnen zu allen möglichen Zwecken zurückgelegt, abgeschrieben oder sonstwie reduziert und beiseite gebracht worden sind, nur damit die maßlose Steigerung der Gewinne nicht noch mehr in die Augen springt.

Die willkürliche Steigerung der Preise aller Produkte ließ man vor sich gehen, bis der Unwille des Volkes sich bis zu drohender Gefahr steigerte. Das war der erste und schlimmste Fehler. An eine Zurückschraubung der Preise wagte man sich nicht heran — im Gegenteil, für Kartoffeln ist bekanntlich der Höchstpreis für diese Ernte noch erhöht worden — und nun macht die Teuerung ihren Siegeszug zugunsten der Kapitalisten immer weiter. Auf wessen Kosten? Hohe Preise und Knappheit der Lebensmittel trifft die Nichtbesitzenden bis ins innerste Mark.

Unter solchen Umständen ist es nur zu erklärlich, wenn selbst manchem bürgerlichen Nationalökonomien hange wird vor dieser Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft. Die Sorgen für den kommenden Winter gehen nach zwei ganz verschiedenen Seiten. Bei den darbenenden Massen herrscht die Sorge vor, wie sie den steigenden Mangel überdauern sollen. Bei gewissen Repräsentanten der kapitalistischen Wirtschaft dagegen schleicht sich die Sorge ein, welche Zustände in sozialer und politischer Beziehung eintreten werden und müssen, wenn die Teuerung fort dauert. Da ist es sehr interessant, was der Hauptmitarbeiter des „Berliner Tageblattes“, Max Norden, in der Nr. 554 dieser Zeitung vor schlägt. „Sehr wichtig ist es, schreibt er, daß noch zur Kriegszeit auf eine Verbilligung aller Erzeugnisse hingearbeitet wird, einmal um Erschütterungen nach der Wiederkehr des Friedens vorzubeugen, dann aber vor allem deshalb, damit die Lebenshaltung auf ein einigermaßen reguläres Niveau sinkt und damit ferner die Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie gesichert wird.“

Mit diesem einzigen Satze ist die Gefahr der Teuerung anschaulich geschildert. Im einzelnen braucht man gar nicht zu unteruchen, worin die Erschütterungen bestehen können, die Vermutungen liegen auf der Hand, und der vorige Winter hat genug solcher Erschütterungen gebracht, die wiederkehren können, wenn die Teuerung, die noch immer wächst, bestehen bleibt.

Ganz richtig ist es auch, daß mit der teuren Lebenshaltung, deutsch gesagt, mit der Unterernährung der arbeitenden Klassen, die Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie nicht gesichert, sondern in Frage gestellt ist. Mit der materiellen und geistigen Hebung der Arbeiterklasse ist der Fortbestand und Aufschwung der deutschen Industrie untrennbar verbunden. Die heutige Verwirrung, entstanden durch die Kriegswirtschaft, muß weichen. Mit ihr die Teuerung, die

ihre Kind ist. Zwar glauben wir nicht daran, daß je wieder die Preise der Produkte auf den Stand vor dem Kriege zurückgehen könnten, aber eine Herabdrückung der Preise, muß erfolgen, wenn eben Erschütterungen vermieden werden sollen. Andernfalls müßte die Arbeitskraft der Arbeiter, die die Leistungsfähigkeit der Industrie verbürgt, durch sehr stark erhöhte Löhne gegenüber der Teuerung erhalten werden. Wahrscheinlich werden beide Wege eingeschlagen werden müssen: Verbilligung der Erzeugnisse und Erhöhung der Löhne.

Nur fürchten wir, daß hierzu die Einsicht der kapitalistischen Kreise fehlt. Und auch Herr Max Norden muß zu seinem Mißvergnügen darstellen, daß sein Plan eines Abbaues der Teuerung in der Gegenwart nichts weniger als Berücksichtigung findet, vielmehr z. B. bei den Syndikaten und Verbänden der Kohlenwerke, das Bestreben vorhanden ist, fort dauernd die Preise zu steigern.“

Dieses Bestreben ist jedoch nicht allein dieser Kapitalisten gruppe eigen, es liegt vielmehr der kapitalistischen Wirtschaft überhaupt und zwar dauernd zugrunde, weil es zur Erreichung aller Gewinne dient. Darüber sind wir uns klar. Es berührt uns daher auch nicht befremdend, wenn trotz der Teuerung dieses Bestreben nicht nachläßt; es ist sozusagen der Lebensdrang des Kapitalismus. Die Preissteigerer sagen sich außerdem, je höher wir die Preise jetzt steigern, wo die Entrüstung darüber hinter der Sorge um den Ausgang und das Ende des Krieges zurücksteht, um so leichter sichern wir uns kräftige hohe Gewinne, selbst wenn wir die Preise nach dem Kriege um ein Weniges herab setzen würden, um die Gemüter zu beruhigen.

Man kann sich bei solcher Preispolitik auch einmal verrechnen, aber so lange das Volk zählt, stimmt die Rechnung. Strupel hat der Kapitalismus nie gekannt. Empfinden jetzt gewisse Repräsentanten der kapitalistischen Wirtschaft Skrupel ob der Teuerung, so sind sie wohl auch die einzigen, die mit Sorgen dem Winter entgegen sehen.

Die Sorgen der Arbeiter liegen auf dem entgegengesetzten Gebiet, auf dem des direkten Mangels, der aus der Preissteigerung, der Teuerung, entspringt. Wie sie unter diesem Teuerungszustand noch einen Winter überdauern werden, das bleibt schleierhaft. Hilfe winkt ihnen von keiner Seite oder nur höchst ungenügend. Sie werden sich daher auf sich selbst gestellt sehen und sich nur durch ihre Organisationen helfen können.

Die Feinde höherer Löhne.

Es muß doch im höchsten Grade befremdend wirken, daß viele Unternehmer, vor allem mehrere Leitungen von Unternehmerverbänden sich ganz ausdrücklich gegen die Erhöhung der Arbeiterlöhne wenden. Das ist um so unverständlicher, als für die exorbitante Erhöhung aller Warenpreise wesentlich die Zahlung höherer Löhne ange geben wird, damit die Preiserhöhungen um so geduldiger hingenommen werden sollen.

Wie jedoch die etwa gezahlten höheren Löhne in gar keinem Verhältnis zu den höheren Preisen der Waren stehen, das lehrt uns die praktische Erfahrung in unserer eigenen Industrie, in der sich auch noch Zigarettenfabrikanten weigern, die wahrhaft bescheidenen Lohnforderungen der Zigarettenarbeiter zu bewilligen.

Nun ist ja richtig, daß die ungeheure Steigerung der Tabakpreise das Wesentliche zur Steigerung der Fabrikpreise beigetragen hat. Aber darüber ist sich doch kein Mensch im Unklaren — weder unter den Konsumenten, geschweige denn unter Fachleuten — daß bei einer derartigen Preissteigerung stark noch oben abgerundet wird. Und ebenso bekannt ist, daß alle diejenigen Unternehmungen, die auf lange Zeit mit alten Tabaken zu den alten niedrigen Preisen eingedeckt sind, von der allgemeinen Steigerung der Preise ebenfalls Gebrauch, darum aber um so größere Gewinne machen. Das sind in der Regel die großen Unternehmungen, weil gerade diese mit Tabak auf längere Fristen sich gedeckt haben, um je nach den Ernten und der Konjunktur auf dem Tabakmarkt vor Überraschungen gesichert zu sein. Und gerade in den Kreisen dieser großen Unternehmungen sträubt man sich jetzt noch, die von den Arbeiterorganisa tionen vereinbarten Forderungen reflexlos zu erfüllen.

Die mittleren und kleinen Unternehmer haben sich aus den verschiedensten Gründen veranlaßt, die Forderungen anzuerkennen und besserten demgemäß die Löhne auf, obwohl gerade sie nicht den Vorteil besaßen, auf längere Zeit mit Tabak zu Preisen, wie sie noch im Februar und März dieses Jahres bestanden, eingedeckt zu sein, sondern jetzt fast nur mit den neuen hohen Tabakpreisen rechnen müssen. Sie wissen daher am besten zu beurteilen, welche große Vorteile die großen Unternehmer von ihnen

haben, und mögen wohl mit einem gewissen Ohnmachtsgefühl auf den Vorschlag blicken, den das große Unternehmertum vor ihnen hat. Gleichwohl haben sie gerade die Arbeiterforderungen berücksichtigt.

Was ist es nun eigentlich, das große Unternehmen abhält, in gleichem Maße den Arbeiterforderungen entgegenzukommen! Mit allerhand Ausreden suchen sie sich der gerade ihnen so leichten Verpflichtung zur Aufbesserung der Löhne zu entziehen. Ist es nur der Herrinhausstandpunkt, der sich von den Arbeitern nichts abverlangen lassen will? Denn würde er im strikten Gegensatz zu der patriarchalischen Auffassung, die manchen zu der Behauptung veranlaßt, er wisse schon, was seinen Arbeitern frommt und werde sich ihrer annehmen, wo es nur gehe. Kein einziger dieser Arbeiterfreunde hat sich genötigt gefunden, bei der ungeheuren Teuerung freiwillig seinen Arbeitern eine Lohnzulage zu machen. Vielmehr sind sie es, die heute noch prozig ablehnend den Forderungen der drei Arbeiterverbände gegenüber stehen. Und doch sind sie bei den Steigerungen der Fabrikpreise in der Lage, mit Leichtigkeit auf diesen Teil ihres Mehrgewinnes verzichten zu können. Sie haben aber nicht das geringste Augenmaß dafür, wie ihr Verhalten der ganzen Industrie, vor allen den Arbeitern, Schaden bereitet. Vor solchen „patriarchalischen“ Gewinnjägern muß man sich mit allen zu Gebote stehenden Mitteln schützen. Um so mehr, als sie sich auch im Gegensatz zur Empfehlung ihrer eigenen Organisation setzen, die ihnen ein Entgegenkommen gegenüber den Wünschen der Arbeiter anrät.

Es scheint, daß auch bei ihnen die arbeitereindlichen Aufforderungen mancher Unternehmerverbände mehr wirken, als die Empfehlungen der eigenen Organisation. Aus ihnen wirkt der Geist, der beispielsweise aus einem Ausschreiben des Bezirks-Arbeitgeberverbandes im Königreich Sachsen spricht, wo es heißt: „Alles kommt auf die Widerstandsfähigkeit und den festen Willen der Arbeitgeber an, jede Forderung auf Lohnerhöhung zurückzuweisen. Das muß durchgesetzt werden, wenn nicht unhaltbare Zustände auf dem Arbeitsmarkte entstehen sollen, Zustände, die jede Kalkulation über den Haufen werfen, welche die jahrelange mühselige Tarifarbeit der Verbände zerschanden und allen Unternehmungen schwersten Schaden bereiten werden.“

Es ist nie nachzuweisen gewesen, daß Lohn erhöhungen den Unternehmungen Schaden bereiten, auch dann nicht, wenn der Unternehmergewinn wirklich etwas beschnitten worden sein sollte. Schaden brachte nur die prozige Weigerung, die es aufs äußerste antommen ließ, die erst dann nachgab, wenn die Arbeiter ihr letztes Machtmittel anwendeten und die Arbeit niederlegten.

Der Geist aber, der aus der zitierten Aeußerung spricht, beherrscht jene Unternehmer in der Tabakindustrie, die sich nicht schämen, zu den elenden, niedrigen Löhnen, die sie zahlen, eine Zulage nicht zu gewähren, die ihnen nur einen winzigen Bruchteil ihres Gewinnes kosten würde. Sie gehören wirklich an den Pranger!

Festigt den Damm!

Immer noch Krieg! Die Lebensverhältnisse müssen mehr und mehr auf den Krieg eingestelt werden. Wie bedeutend die Umwälzungen sind, sehen wir auch in der Tabakindustrie. Bereits ist ein staatliches Eingreifen notwendig geworden, um durch die Kohstoffverteilung die Produktion in einer gewissen Stetigkeit gemäß des Umfanges der einzelnen Produktionsstätten zu erhalten. Eine Reihe anderer Maßregeln laufen nebenher und sollen den eben erwähnten Zweck fördern helfen. Andererseits ist bis auf weiteres die Einfuhr von Roh tabak verboten und die Beschlagnahme verfügt, um auf die Preisbildung einzuwirken, wie auch zu diesem Zweck für deutschen Tabak die Beschlagnahme ausgesprochen ist und Richtpreise festgesetzt worden sind. Es ist nicht unsere Absicht, heute für alle Kriegsmassnahmen, die für das Tabakgewerbe getroffen worden sind, anzuzählen und ihre Wirkungen zu besprechen. Wir möchten nur die Tabakarbeiterchaft veranlassen, sich einmal die Verhältnisse des Gewerbes zu vergegenwärtigen, wie sie vor dem Kriege waren, und sie mit den jetzigen zu vergleichen. Wie sehr sich die Lage verändert hat, wird dann jedem ohne weiteres klar sein. Es ist aber auch für die Tabakarbeiterchaft insbesondere erforderlich, daß sie an die Veränderung der Verhältnisse denkt, soweit sie selbst dabei in Frage kommt. Alle Veränderungen, wenn sie oft auch scheinbar fern liegen, haben ihren mehr oder weniger starken Niederschlag auf die Lage der Arbeiter; manchmal ganz direkt, manchmal auf Umwegen. Außerdem ist die Tabakarbeiterchaft den Bedin gungen der allgemeinen Wirtschaft ausgesetzt.

Wir wollen heute auch nicht eigentlich auf die Lohnfrage selbst eingehen, aber da sie von allem unserem Tun und Treiben untrennbar ist, gilt im Grunde genommen ihr, gilt der Besserstellung der Tabakarbeiter, was wir jetzt ausführen möchten.

Die Zahl unserer im Heere stehenden Kollegen wird noch mit jedem Tage größer, es mögen zurzeit rund fünf-tausend sein. Diese zum Heeresdienst eingezogenen Kollegen bedeuten für unsern Verband eine respektable Summe von Kraft, die sich sonst umsetzte in Erfolge. Die Kollegen, die jetzt beim Heere sind, haben zum guten Teil ihre Zeit und ihr Können in den Dienst der Tabakarbeiter-sache gestellt und für den Verband gestrebt. Damit haben sie an der Gestaltung der Verhältnisse zugunsten der Arbeiter und Arbeiterinnen unserer Industrie gewirkt. Jetzt sind sie dazu nicht in der Lage, sie haben eine andere, wesentlich schwierigere und gefährlichere Arbeit zu vollbringen. Es fehlen uns also einige Tausend Arbeitskräfte für den Verband, für seine Aufgabe, die Tabakarbeiterverhältnisse zu bessern. Einige Tausend Kollegen zu vermissen, die für die Sache der Tabakarbeiter eintraten, sei es als Funktionäre, sei es als stille Werber in den Betrieben oder außerhalb derselben, macht schon in den normalen Zeiten etwas aus und man muß bestrebt sein, die ausgeschaltete Kraft anderweitig zu ersetzen. Nun haben wir aber gesehen und erleben es jeden Tag, daß in unserer Industrie, wie im gesamten Wirtschaftsleben, alles in Fluß ist, daß gewaltige Veränderungen stattfinden, daß die Wirkung insbesondere auf die Lage der Arbeiter oft von der bedeutendsten Art ist. Dafür brauchen wir unsere Tabakarbeiter-sache nicht Einzelheiten anzuführen, sondern sie erlebt es ja täglich. Muß nun in solcher, für die Arbeiter-sache so bedeutenden und schweren Zeit nicht die ganze Aufmerksamkeit, das ganze Sinnen, wie auch das ganze Handeln, auf die Veränderungen und ihre Wirkungen konzentriert werden? Insbesondere: Müßten wir Tabakarbeiter und Arbeiterinnen nicht mit voller Aufmerksamkeit die Zustände und Veränderungen in unserem Berufe verfolgen und jederzeit zum Wohle der Gesamtheit bereit sein, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen? Müßten wir Tabakarbeiter- und Arbeiterinnen nicht gerade deshalb in dieser Zeit unsere Organisation im Schutze halten? Die Organisation, unser vornehmstes Mittel zum Zweck des Fortwärtkommens auf wirtschaftlichem Gebiet, darf in Zeiten, wie wir sie gegenwärtig haben, am allerwenigsten eintrüben. Alles muß zuverlässig funktionieren bis auf das letzte Rad.

Das ist gewiß nicht leicht, da uns die vielen, vielen fehlen, die zum Dienst im Heere von uns gehen mußten. Ist es aber unmöglich? Nein! Und nochmals nein! Schwierigkeiten können sich die Menge auf, aber seit wann war es Sache der deutschen Arbeiterschaft, vor allem Sache der Tabakarbeiter-sache, vor Schwierigkeiten zurückzuschrecken? Es wird gemacht! Das war früher Wahlspruch der Tabakarbeiter. Da muß auch jetzt getan werden, was möglich ist. An Funktionären darf es nicht fehlen. Die Kriegswirtschaft spannt die Frauen in weit, weit größerer Zahl als sonst in den Erwerbsdienst, alte Leute müssen wieder Aufgaben lösen, die ihnen normalerweise nicht mehr zukommen; sollten sie bei ihrer eigenen Sache versagen? Das ist nicht zu glauben. Ihr Frauen und Mädchen vom Tabak! Wo die Männer fehlen, da springt ihr in die Bresche, wenn es gilt, der Tabakarbeiter-sache im Verband zu helfen! Ihr Alten, die ihr euch zurückgezogen habt, um jüngeren Kräften das Feld der Agitation, der Verbands-tätigkeit, zu überlassen, ihr müßt noch einmal wieder eingreifen, um über die schwere Zeit hinwegzukommen! Denkt doch allezeit nicht nur an die Dinge, wie der Krieg sie uns jetzt zeigt, sondern denkt an das Verdende, an das Kommende! Vergewärtigt euch einmal die Bedeutung der Tatsache: Die Zahl der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen ist ungeheuer gestiegen: allein die Zahl der Versicherten in der Tabakerversicherungsgesellschaft ist von 165 370 im Jahre 1914 auf 193 330 im Jahre 1915 gestiegen. Vor welche Fragen und Aufgaben der Zukunft stellt uns diese eine Tatsache!

Muß nicht schon jedem Tabakarbeiter und jeder Tabakarbeiterin mit Rücksicht auf die allgemeinen Verhältnisse der Wille kommen, alles zu leisten, was möglich ist im Dienste der Arbeiterbewegung, so muß es ihnen doch ganz gewiß die Lage im Tabakergewerbe jagen, daß in dieser Zeit die Mitarbeit an dem Aufbau des Kommenden nötig ist. Sollte aber jemand glauben, daß es bei uns in der alten Weise nach dem Kriege weitergeht, oder gar, daß die jetzige gute Konjunktur zur Dauernden wird, so müssen wir ihn bitten, doch zu überlegen, ob solches überhaupt möglich ist. Wenn wir jetzt besonders aufzuwachen zur Tätigkeit in der Organisation und für dieselbe, so deshalb, weil wir sonst bei der allgemeinen Umwälzung unter die Räder kommen können. Das wollen und dürfen wir nicht! Es wird ohnehin so manches zu ertragen sein. Es kommt aber auf die äußere und innere Stärke der Organisation an, wie groß der Einfluß der Arbeiter auf die Gestaltung der Verhältnisse ist.

Fragen wir, was wird der Krieg noch für die Tabakindustrie alles bringen, so müssen wir erklären: Das ist nicht voranzusehen. Aber ein Gefühl der Unsicherheit haben wir alle. Und nun erst gar die Frage, was nach dem Kriege werden wird! Der Horizont unserer Industrie ist bewölkt. Kommt es zu Sturm und Wetter, so wird es uns sehr gehen, wenn wir unsere schützende Hülle, unseren Verband, nicht festigen und stärken. Bereit sein für das, was kommt, ist schon die halbe Ueberwindung etwainigen Unheils. Wer möchte uns nicht seiner Sache dienen, wenn er es kann? Für alle, die wir vermissen, weil sie im Heere stehen, müssen neue Kräfte einbringen. Das ist möglich, muß möglich sein. Die Kräfte sind da, nur der Wille zum Bollwerke muß, manchmal recht unfaßlich, geweckt werden. Sorgen wir, daß die veränderten Verhältnisse eine Tabakarbeiter-sache ändern, die auf der ersten-tägigen Höhe ist, die der ewigen Stürme einen Damm entgegenstellt.

Noch nicht genug?

Eben ist die Bundesratsverordnung über die Nichtpreise für deutschen Rohtabak heraus, lassen sich auch schon wieder die Tabakpflanzler hören, daß sie noch nicht genügend berücksichtigt worden sind. Im Reichstagsausschuß für den Reichshaushalt stand am 2. November der Abgeordnete Dr. Köstler, hervorragender Führer im Bund der Landwirte, auf und behauptete, daß in den Vorchriften des Bundesrats den Tabakpflanzern nicht genügend Rechnung getragen worden sei. Da Herr Dr. Köstler selbst keinen Tabak baut, hat er sich doch vorher über die Wünsche der Tabakpflanzler unterrichten lassen müssen; demnach handelt es sich bei seiner Neußerung im Reichshaushaltsausschuß um die Meinung von Tabakpflanzern. Sollte Dr. Köstlers Neußerung nur Klage und Enttäuschung ausdrücken? Oder sollte es schon wieder einen Vorstoß zu weiteren Maßnahmen zugunsten der Tabakpflanzler handeln? Da zur Klage keine Veranlassung, ist, ist bei der Veranlassung der hinter dem Abgeordneten Dr. Köstler stehenden, Tabakbau treibenden Leuten das Bestreben anzunehmen.

Die Antwort auf die Behauptung Dr. Köstlers gab der Unterstaatssekretär Freiherr v. Stein in der Weise, daß er geradeheraus erklärte, daß die Ansprüche der Tabakpflanzler in sehr weitem Maße befriedigt worden seien.

Also ist danach den deutschen Tabakbauern nicht nur das dringendste Notwendige in den Verordnungen gewährt worden, sondern sie haben zu ihrer Befriedigung ein sehr weites Maß des Entgegenkommens bei der Regierung gefunden. Wir nehmen gebührend Notiz davon. Was wir bereits mehrfach ausgesprochen, ist offiziell bestätigt worden.

Preisprüfung für Tabakfabrikate.

Nachdem durch den Bundesrat eine Regelung des Verkehrs mit Rohtabak verordnet worden, von der man eine Preisbeeinflussung erwarten kann, hat die Volkswirtschaftliche Abteilung des Kriegsernährungsamtes auch auf die Preisfestsetzung im Handel mit Tabakfabrikaten zurückgegriffen. Die genannte Stelle ist der Meinung, daß weitere Preissteigerungen für Tabakfabrikate nun keine Berechtigung mehr haben. Dementsprechend sind bereits einige örtliche Preisprüfungsstellen vorgegangen. Der Deutsche Tabakverein hat auf seiner Tagung in Wiesbaden über diese Frage verhandelt und die Herren Syndikus Schloßmacher und Regierungsrat Sommergut, in Firma Dreyer u. Wolf, zu einem an das Reichsamt des Innern zu richtenden Gutachten nach folgenden Richtlinien aufgefordert:

Die am 22. September 1916 in Wiesbaden tagende Jahreshauptversammlung des Deutschen Tabakvereins bringt zur Frage der örtlichen Preisprüfung im Verkehr mit Tabakwaren, worauf gleich die grundsätzliche nicht anerkennen kann, daß Zigarren, Rauch- und Schnupftabake sowie Zigaretten Gegenstände des täglichen Bedarfs sind, ihre Wünsche zum Ausdruck durch nachstehende Leitätze:

1. Der Berechnung des Reingewinnes während des Krieges sind die tatsächlich im Kriege aufgewendeten Herstellungskosten und die durch den Krieg erhöhten allgemeinen Geschäftsunkosten zugrunde zu legen.
2. Der Selbstbetrag des Kriegsernährungsgewinnes darf den des Friedensernährungsgewinnes nicht übersteigen, wenn er durch erhöhten Aufwand an Kapitalzinsen, erhöhtes Kriegsrisiko oder andere wichtige Gründe verurteilt ist.
3. Bei dem Kriegsernährungsamt, Volkswirtschaftliche Abteilung, ist ein besonderer Sachausschuß für das Tabakgewerbe zu errichten.
4. Das Kriegsernährungsamt hat beim Kriegsernährungsamt und möglichst allen örtlichen Preisprüfungsstellen auf Erziehung besonderer Sachausschüsse für das Tabakgewerbe, bzw. Verbände aus diesem Gewerbe, hinzuwirken.
5. a) Das Kriegsernährungsamt hat insbesondere die Eigenart des Tabakgewerbes berücksichtigende Richtlinien und Anweisungen für die örtlichen Preisprüfungsstellen zu erlassen und deren einheitliche Durchführung zu überwachen.
b) Die örtlichen Preisprüfungsstellen sind insbesondere anzuzweifeln, bei Preisprüfungen verantwortliche Personen der geprüften Firma zuzuziehen sowie vor Verhängung irgendwelcher Maßnahmen den Firmen Gelegenheit zur Rechtfertigung und Vorbringung von Entlastungsmaterial zu geben.
6. Die Tabakfabrikanten des Kriegsernährungsamtes, Volkswirtschaftliche Abteilung, des Kriegsernährungsamtes und der Preisprüfungsstelle Groß-Berlin sollen sämtlich die gleichen Personen sein.
7. a) Aufklärung aller örtlichen Preisprüfungsstellen durch das Kriegsernährungsamt, Volkswirtschaftliche Abteilung über den Sinn und die Tragweite der am 7. August 1916 erlassenen „Warnung vor Preissteigerungen im Tabakgewerbe“.
b) Aufklärung insbesondere darüber, daß weitere Preissteigerungen der Tabakfabrikate in Zukunft (nach dem 7. August 1916) nicht angedacht sind.
8. Bei der Preisermittlung der Fertigfabrikate dürfen Roh-tabake zu Durchschnittspreisen in Ansatz gebracht werden.
9. Der Deutsche Tabakverein und die Fachverbände des Kleinhandels sind bei Auswahl der Sachverständigen zu hören.

Das Gutachten ist inzwischen im Namen auch noch einiger Händlerverbände an die Regierung abgegangen. Wenn auch unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine Ueberwachung der Preisbildung nicht gerade abgelehnt wird, so wird doch betont, daß die Preissteigerung infolge der erhöhten Herstellungskosten, namentlich durch die Erhöhung der Rohtabakpreise, gerechtfertigt ist. Es sei sogar eine weitere Preissteigerung der Fabrikate zu erwarten, da manche Fabrikanten zunächst billigere Vorräte gehabt hätten, die aber allmählich verbraucht seien. Als Preisprüfungsstelle werde die Mindener Zentrale für Kriegslieferungen empfohlen, zu der der Kleinhandel Vertreter entsenden müsse. Schließlich wendet sich das Gutachten gegen die Annahme, daß Tabakfabrikate als Gegenstände des täglichen Bedarfs anzusehen sind und demnach die Preisfestsetzung der Prüfungsstellen nicht unterliegen.

„Vaterland“.

Unter dieser Ueberschrift schreibt Joachim in Nr. 89/90 der „Bereinigten Tabak-Zeitungen“ vom 4. November:

„In grauer Vorzeit liegt die Sucht nach hellen Farben. Wie ein Märchen aus allen Zeiten, die man heute noch aller Mühseligkeiten von damals als gute andeuten

möchte. Die Frage nach „Sandblatt“ laucht wohl noch hin und wieder schlichtern auf, doch merkt man dem Begehren an, daß es mehr aus alter, liebgewordener Gewohnheit gestellt wird. Und das Herkommen mag es auch sein, daß noch so manche Zigarrenfabrikanten veranlaßt, ihre Sorten links zu rollen, um noch mit hellen Farben paradieren zu können. Man ist in Abnehmerkreisen ja so bescheiden geworden!

Einer Nachricht, die man wohl sonst kaum beachtet haben würde, dürfte in Raucherkreisen wie von Tabakinteressenten viel Beachtung geschenkt worden sein. In Baden ist die diesjährige Tabakernte um mehr als die Hälfte größer als im Vorjahre und das gewährt hinsichtlich der Versorgung einige Verhütung. Längst hat man sich das Mundverziehen abgewöhnt, wenn es sich um Tabak aus dem Ländle handelt. Auch die Refinement ist geschwunden — Tabak ist Tabak und dazu da, um geraucht zu werden. Von dieser Ansicht scheinen auch die Erzeuger ausgegangen zu sein, als sie die Anbaufläche entsprechend vermehrten. Es lohnt sich, heut Tabak zu bauen, die Preise sind so gut, daß sich selbst die in diesem Krieg gewiß nicht vernachlässigten Herren Großgrundbesitzer bewegen föhlen, sich die Konjunktur zunutze zu machen.

Wit Recht darf wohl die Frage gestellt werden, ob diese Wandlung — die höhere Bewertung des heimischen Produkts — ein Fortschritt ist und als Ertragskraft ausgesprochen werden kann. Im Interesse unserer Volkswirtschaft zweifellos. Jede Stärkung, die sie erfährt, ist in dieser Zeit nicht hoch genug zu veranschlagen. Ist aber die Not, aus der man eine Tugend macht, deshalb nun wirklich eine Tugend! Die Frage stellen heißt sie verneinen, und daß sie überhaupt gestellt werden konnte, mag als ein Zeichen der Zeit gelten. Der „Baterländische“ mag nicht so schlecht sein wie sein Ruf, vielleicht sogar noch besser als mancher vom Ausland kommende Tabak ehehem. Nicht darauf kommt es an, sondern auf das Edle des Gewächses, das wir alle schätzen, und wir würden uns ein schlechtes Zeugnis ausstellen, wollten wir das verkennen. Das wird auch der hartgesottene Chauvinist nicht behaupten, daß etwa der Adel und der Feingeschmack überseeischer Tabake erreicht werden kann, und ist unser „Vaterland“ auch „ganz gut“, so ist und bleibt es eben nur ein schwacher Ersatz, mit dem wir uns, so gut und schlecht es eben geht, abzufinden haben. Das dürfen wir uns selbst ruhig eingestehen und dürfen uns weiter das Recht einräumen, es einen nicht ganz leicht zu ertragenden Verzicht zu nennen, wenn wir zum Teil ohne den sonst gewohnten, überseeischen Tabak auskommen müssen. Dieses Recht soll uns auch durch Leute nicht verflümmert werden, die mehr aus Beruf als aus Neigung heute am Werke sind, uns klarzumachen, was eine „Entbehrung“ ist, und daß es so lange keine Entbehrungen gibt, so lange wir noch nach des alten Welschen Wort — Wasser zur Verfügung haben.

Unsere Bereitschaft, Entbehrungen zu tragen, ist deshalb keinen Augenblick geringer und sicher nicht kleiner als die jener „Selben“, deren Sprachorgan bedeutend größer als ihr Hirnkasten ist.

Auch die Raucher wissen, was sie ihrem Vaterlande schuldig sind und begnügen sich mit dem Ersatz, so lange der Krieg eben dauert, der eine vorübergehende Erscheinung ist und sein muß, obwohl es nicht an Elementen fehlt, die ihn am liebsten in Permanenz erklärt sehen möchten.

Die badische Tabakernte.

Nach amtlichen und privaten Schätzungen konnte mitgeteilt werden, daß die heurige Tabakernte, besonders in Süddeutschland, eine gute sein werde, wenigstens in bezug auf die Quantität. Allerdings hat sich auch fast überall die Anbaufläche vergrößert. Wie sich der Ernteertrag für den Hektar des mit Tabak bebauten Landes gestalten wird, ist ja noch nicht festzustellen. Die Großbadische Zoll- und Steuerverwaltung veröffentlicht jetzt die Ergebnisse der Tabakernte in Baden im Erntejahr 1916, und zwar nach den von den Pflanzern abgegebenen und amtlich geprüften Schätzungen des voraussichtlichen Ertrages in trockenem (dachreifem) Zustande. Es handelt sich um jene Mengen, die mindestens zur Verwiegung kommen sollen; die wirklichen Verwiegungsergebnisse zeigen meistens eine größere Ernte.

Nach den Angaben der genannten Behörde ist die Tabakernte in 1916 auf 7589 108 kg. gegen 5084 940 kg in 1915 zu schätzen. Also für 1916 ein Mehr von 2504 168 kg. Die einzelnen Steuerbezirke trugen in folgender Weise zur diesjährigen Ernte bei:

Achern	1 062 464
Baden	221 402
Bretten	364 720
Bruchsal	611 062
Emmendingen	117 115
Freiburg	60 429
Heidelberg	305 862
Karlsruhe	724 460
Lahr	1 087 472
Mannheim	1 096 118
Mosbach	49 410
Müllheim	8 058
Offenburg	514 273
Pforzheim	22 023
Rastatt	21 991
Schwezingen	714 500
Sinsheim	514 233
Taubertal	8 559
Wertheim	84 907

Bekanntmachung

betr. Bedarfserkennung, Erteilung von Bezugscheinen

Die Deutsche Tabakhandels-Gesellschaft m. b. H. vom 1916 erläßt folgende Bekanntmachung:

Alle Anträge wegen Bedarfserkennung sowie auf Erteilung von Bezugscheinen sind künftig nicht mehr an die Rohabakfabrik — Prüfungsstelle in

men und an die Deutsche Zentrale für Kriegslieferungen von Tabakfabrikaten in Minden zu richten.

Es sind vielmehr alle Bedarfsanträge sowohl für ausländischen wie für inländischen Rohtabak, für Rippen und Tabakabfälle in Zukunft nur einzureichen bei der Deutschen Tabakhandels-Gesellschaft von 1916 mit beschränkter Haftung in Bremen, Martinistraße 33/35.

Sinsichtlich der Bezugsscheine gilt folgendes: Für ausländischen Rohtabak erteilt künftighin die Deutsche Tabakhandels-Gesellschaft von 1916 mit beschränkter Haftung in Bremen die Bezugsscheine.

Für inländischen Rohtabak sowie für Rippen und Abfälle erteilt die Deutsche Tabakhandels-Gesellschaft von 1916, Abteilung Inland mit beschränkter Haftung in Hannover die Bezugsscheine.

Alle bisher ausgestellten und noch nicht erledigten Bedarfserkennungen und Bezugsscheine gelten als bis zum 30. November 1916 verläufig.

Bewilligte Lohn- und Teuerungszulagen in der Tabakindustrie.

Reustadt (Westpr.) Die Firma Paul Polora erhöhte die bis jetzt gewährte fünfprozentige Teuerungszulage auf 18 bis 20 Prozent, in einzelnen Fällen auf über 20 Prozent. Die Zulagen selbst sind jedoch gering angesichts der bestehenden niedrigen Lohnsätze.

Elbing (Westpr.) Die Firma Loeser u. Wolff erhöhte die Teuerungszulage in ihren Betrieben in Elbing Braunsberg, Marienburg und Br.-Stargard von 8 auf insgesamt 20 Prozent.

Döbeln (Königreich Sachsen). Die Firmen Jul. Barthel, Richard Bernstein, Otto Reich, Hugo Rasche, G. Hausmann, Edmund Heidemüller, Julius Loose, Karl Lorenz, Paul Münch, Ernst Dehmig, Behold u. Troll, Herm. Reimer, Richter u. Weichelt, Otto Schmidt, Otto Schreiber, Herm. Schubert, Ernst Stockmann, Rich. Strohenger, Louis Sturm, Gust. Teichmann, Herm. Thieme, Karl Ulrich, Carl Vogt, Weiss u. Reicher, Adolf Winkler erhöhten die Teuerungszulage auf 20 Prozent.

Gandersheim (Herzogt. Braunschweig). Die Firma H. G. Graaf (Stz. Hamburg) erhöhte die Teuerungszulage, die ab Juli d. J. 15 Proz. betrug, auf 20 Proz.

Leopoldshöhe (Lippe). Nach wiederholten Versuchen ist es endlich gelungen, die Firma J. Bornheim Sohn zu veranlassen, ihren Arbeitern eine Lohnzulage zu gewähren. Diese beträgt, abgesehen von einigen Sorten, 20 Prozent. Hoffentlich bequemt sich die Firma dazu, auch die Differenzen bei den einzelnen nicht genügend berücksichtigten Sorten noch auszugleichen.

Werfen (Westf.). Die Firma Gust. Brinlmann erhöhte die bereits schon längere Zeit bewilligte 20prozentige Teuerungszulage auf 25 Prozent.

Cabakarbeiterbewegung in Norwegen.

J. A. Die norwegischen Tabak- und Zigarrenarbeiter sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Die Tarife sind zum 1. Januar 1917 gekündigt worden. Hauptsächlich beteiligt sind die Tabakarbeiter der Städte Christiania, Stavanger und Christiansand. Verhandlungen um die neuen Tarife sollen demnächst eingeleitet werden.

Die Agitation im Gau Herford.

Der Kampf gegen die Tabaksteuer wie auch die Teuerungsbewegung hat die Tabakarbeiter wieder etwas aufgerüttelt. Den Anweisungen der Gauleitung folgend, sind auch eine Reihe Zahlstellen in eine Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder eingetreten. Während nun der Bünde und Spenger Bezirk bei der Agitation fast ganz versagt, haben andere Zahlstellen, und ganz besonders die Lippschen, ein sehr gutes Resultat in der Gewinnung neuer Mitglieder erzielt.

Die Orte die Aufnahmen zu verzeichnen haben sind folgende:

Lippe: Brake 19, Hohenhausen 19, Leopoldshöhe 28, Lemgo 43, Derlinghausen 3. Demnach sind in Lippe 112 neue Mitglieder für den Verband gewonnen worden.

Von den übrigen Zahlstellen im Gau sind folgende Aufnahmen zu melden: Bielefeld 6, Bünde 3, Burgsteinfurt 1, Dortmund 9, Emmerich 34, Enger 1, Goch 5, Hamm 3, Haslen 1, Hameln 5, Herford 3, Hiddenhäusen 5, Hunnebrock 3, Hüderkreuz 3, Kirchlengern 6, Köln 52, Lippstadt 2, Lübbecke 6, Minden 36, Neuenkirchen 6, Niederbessen 2, Oberhausen 5, Orsoy 2, Osnabrück 31, Pyrmont 21, Rehme 47, Rheda 10, Spradow 1, Südhemmer 3, Wotho 16, Waldorf 1, Warendorf 7. Insgesamt 336 Aufnahmen. Zusammen mit Lippe 448 Aufnahmen im Gau. Gätten alle Zahlstellen ihre Schuldigkeit getan, so wäre das Resultat ein noch weit besseres gewesen. Hoffentlich werden nun alle Orte das Versäumte nachholen und der Deutsche Tabakarbeiterverband wird dann am Jahreschluss einen erheblichen Zuwachs an Mitgliedern buchen können.

Wie der Verband den Kollegen und Kolleginnen nicht, zeigt folgender Fall. Durch die rührige Tätigkeit der Leitung unserer Zahlstelle Schötmars wurden die Tabakarbeiter der Firma Bornheim Sohn in Leopoldshöhe, die überhaupt noch keine Zulagen gekriegt hatten, aufgeführt, so daß sie sich, 28 an der Zahl, unserem Verband anschlossen. Die dann eingeleitete Bewegung brachte nach dem Jahresabschluss einen erheblichen Zuwachs an Mitgliedern.

so hätten sie höchstwahrscheinlich die Zulagen, wie andere Unterhandlung der Gauleitung mit der Firma für einige Sorten eine Lohnzulage von 20 Prozent. Bei einigen Sorten bestehen noch Differenzen, doch ist auf einen Ausgleich zu hoffen. Wären die Kollegen und Kolleginnen Mitglieder auch, seit dem 1. Juli d. J. erhalten, nun haben sie dieselben erst viel später gekriegt. Wieviel Lohn ist ihnen also entgangen? Wie viele Kollegen und Kolleginnen sind noch da, die ohne Organisation in den Tag hineinleben und deshalb auch noch keine Lohn- oder Teuerungszulagen erhalten haben! Sollte man es in dieser Zeit für möglich halten?

Der bulgarische Tabak.

Man schreibt der Deutschen-Orient-Korrespondenz aus Sofia: „Der Krieg hat zu einem teilweise recht empfindlichen Mangel an Zigaretten aus dem Orient geführt. Auch Bulgarien litt fesselweise trotz seiner starken Erzeugung an Tabakmangel. Um für die Zukunft eine bessere Versorgung der eigenen Bevölkerung sicher zu stellen und auch die Ausfuhr neu zu beleben, hat das Komitee für Wirtschaftspflege in Sofia verschiedene Maßnahmen getroffen, die sich auf den Anbau, die Herstellung von Fabrikaten und die Ausfuhr von Tabak beziehen. Zunächst soll an den gesetzlichen Bestimmungen über den Anbau nichts geändert werden, das Komitee hat aber das Recht, jederzeit mit geeigneten Maßnahmen in den Anbau zu seiner Ausdehnung einzugreifen. Es wird ferner die Herstellung von Tabakerzeugnissen im Lande mit verschiedenen Mitteln verstärkt werden, so daß die Bevölkerung und die Armee wieder in ausreichender Weise mit Zigarren, Zigaretten und Rauchtabak versorgt werden können. Man rechnet auch damit, daß Tabakerzeugnisse in größerem Umfang zur Ausfuhr gelangen können. Die Tabakfabriken sind verpflichtet worden, ihre gesamten Vorräte an Rohtabak selbst zu verarbeiten, ein Verkauf ist mit schweren Strafen bedroht. Ueber die Ausfuhr von Rohtabak ist ein Uebereinkommen mit dem Ministerrat und dem Komitee zustande gekommen, nach dem grundsätzlich die Ausfuhr wieder zugelassen ist. Es müssen jedoch von dem zur Ausfuhr bestimmten Tabak 15 v. H. für den Inlandsverbrauch zurückbehalten werden. Auch die Ausfuhr von Zigaretten ist gegen Kompensation freigegeben, jedoch bestimmt das Komitee die jeweilig zulässige Ausfuhrmenge. Für die Festsetzung der Tabakpreise ist eine Kommission gebildet, in der das Finanzministerium, das Komitee, die Handelskammer in Sofia und die Tabakexporteure vertreten sind. Ihre Entscheidung ist endgültig. Auch die Verteilung des für den Inlandsverbrauch bestimmten Tabaks an die Fabriken wird durch das Komitee nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit geregelt. Man hofft auf diese Weise den Mangel an Tabak und Tabakfabrikaten im Inland zu beseitigen und außerdem zur Verbesserung der Handelsbilanz größere Mengen von Tabak ins Ausland auszuführen. Bulgariens Erzeugung an Tabak übersteigt im Durchschnitt der Jahre zwei Millionen Kilogramm; 34 Tabakfabriken verarbeiten den inländischen und den aus Mazedonien eingeführten Tabak. Durch die Angliederung der neu erworbenen Gebiete in Thrazien ist nicht nur die Anbaufläche sehr erheblich vergrößert worden, sondern auch der Wert der Erzeugung ist bedeutend gestiegen, weil in diesen Gebieten der Tabakbau in besonderer Blüte steht und stellenweise sehr wertvolle Arten erzeugt. Ein großer Teil der Bevölkerung lebt dort vom Tabakbau, der infolgedessen auch die Haupteinnahmequelle der Bevölkerung bildet. Für den Staat ist diese Kultur auch in finanzieller Beziehung von Wichtigkeit, weil die vom Tabak erhobene Steuer eine starke Einnahmequelle bildet.“

Die deutschen Gewerkschaften während des Kriegsjahres 1915.

Bei dem großen Einfluß, den die Gewerkschaften auf die Volkswirtschaft ausüben, ist es von großer Bedeutung, inwieweit die Gewerkschaften sich den schweren Kriegsnöten gegenüber gemacht haben. Erfreulicherweise liefert nun die soeben veröffentlichte Statistik über die Gewerkschaftsorganisationen im Jahre 1915 den Nachweis, daß trotz der langen Dauer des Krieges die Lebenskraft der Gewerkschaften ungedrosselt ist, daß sie auch im zweiten Kriegsjahr ihre Aufgaben erfüllen konnten, obwohl die Einberufungen zum Heeresdienst lähmend auf ihre Tätigkeit einwirkte. Groß ist die Zahl der Kräfte, die den Gewerkschaften entzogen wurden, besonders hat sich der Mangel an Funktionären und Vertrauensleuten äußerst fühlbar gemacht. Zwar sind während der Kriegszeit Streiks und Ausperrungen nur vereinzelt vorgekommen, die Arbeit für die Organisation und Leitung von wirtschaftlichen Kämpfen war gering. Aber die enorme Steigerung der Lebensmittelpreise, der gegenüber die vor Kriegsausbruch geachteten Löhne nicht entfernt im Verhältnis standen, machten Lohnsteigerungen zur dringenden Notwendigkeit. Da Streiks nur im äußersten Falle geführt werden sollten, so mußte eine Aufbesserung der Löhne durch Verhandlungen mit den Unternehmern versucht werden. Vielfach haben die Militärbehörden mitgewirkt, einen Ausgleich herbeizuführen.

Aber auch eine Fülle anderer durch die Kriegszeit erwachsener Ausgaben hatten die Gewerkschaften zu erfüllen. Dazu gehört insbesondere die Fürsorge für die Familien der Kriegsteilnehmer und für die Kriegsbeschädigten. Die Beteiligung der Gewerkschaften an dem Kontrakt für Kriegsbeschädigtenfürsorge in Köln a. Rhein und die Sonderberatungen, die von den Gewerkschaften aller Richtungen dort abgehalten wurden, beweisen, daß die Organisationen dieses neue Arbeitsgebiet sehr ernst nehmen. Leider ist die Fürsorgeorganisation noch nicht entfernt so ausgebaut, wie es dem Willen der Gewerkschaften entspricht. Nicht alle verantwortlichen Stellen zeigen hier den Gewerkschaften das genügende Entgegenkommen, sie erschweren ihnen oft ihre Tätigkeit. Ebenso liegt es vielfach auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung und der öffentlich-rechtlichen Arbeitslosenfürsorge.

Am 30. Juni hatten die der Generalkommission angeschlossenen Zentralverbände ohne die Verbände der Hausarbeitenden und Landarbeiter 2 482 046 Mitglieder, das Jahr 1915 schloßen sie mit einem Bestand von 2 822 868 Mitgliedern ab. Im Jahresdurchschnitt zählten die Verbände 1914: 1 848 720 männliche und 208 648 weibliche, zusammen 2 057 368 Mitglieder. 1915 dagegen: 2 741 168 männliche, 172 101 weibliche, zusammen 2 913 269 Mitglieder. Hiernach besißt sich die seit dem vorigen Jahre eingetretene Mitgliederzunahme auf 906 118 = 44,15 Proz. Der Mitgliederverlust ist leider nicht nur auf die Einberufungen zum Heeresdienst zurückzuführen. Es sind den Verbänden

bis zum Schluß des Jahres auch weitere 278 316 = 11,2 Proz. der Mitglieder verloren gegangen, darunter 48 700 weibliche = 20,4 Prozent Mitglieder. Zum Teil handelt es sich bei diesem Verlust um einseitigen Mitglieder, die es verabsäumten, sich abzumelden und dann wegen restierender Beiträge aus den Listen gestrichelt wurden. Eine große Zahl von Zwangsvereinen der Verbände ging, durch starken Entzug an Mitgliedern geschwächt, und mangels tätiger Kräfte, völlig ein. Es verringerte sich ihre Zahl von 10 080 im Jahre 1914 auf 9889 im Berichtsjahre. Dazu kommt, daß durch die Einberufungen den Gewerkschaften auch ein erheblicher Teil leitender Kräfte, Vertrauensleute, Verwaltungsbeamte entzogen wurde. Vor Kriegsausbruch waren insgesamt 2987 Angestellte, am Schluß des Jahres dagegen nur 1477 tätig. Die Zahl der Angestellten in den Zweigvereinen ging allein von 1866 auf 851, also um 1105 zurück. Obwohl diese Tatsachen den Verlust an Mitgliedern erklären, bleibt er doch bedauerlich, besonders der starke Rückgang an weiblichen Mitgliedern hätte nicht eintreten dürfen angesichts der vermehrten erwerbsmäßigen Tätigkeit der Frauen. Die von der Generalkommission vorgenommenen Quartals-erhebungen über die Mitgliederbewegung in den Zentralverbänden haben erfreulicherweise ergeben, daß im Laufe des Jahres 1916 bei den weiblichen Mitgliedern wieder eine Aufwärtsbewegung der Mitgliederzahl eingetreten und bei den männlichen Mitgliedern die über die Zahl der Eingezogenen hinausgehende rückläufige Bewegung zum Stillstand gekommen ist.

In gleicher Weise wie die Zentralverbände wurden auch die anderen Gewerkschaftsrichtungen von Mitgliederverlusten betroffen. Der enorme Rückgang der Mitgliederzahl in den Zentralverbänden hat selbstverständlich auch ihre Einnahmen an Beiträgen gewaltig vermindert. Während für 1914 noch eine Einnahme von 85 298 896 M. an Beiträgen zu verzeichnen war, fiel sie im Jahre 1915 auf 37 076 202 M. Die Gesamteinnahme ging von 70 871 954 M. auf 41 503 227 M. zurück. Trotzdem konnten die Verbände nicht nur ihre bisherigen Verpflichtungen erfüllen, sondern noch weitere übernehmen. So die Unterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer. Für diese wurden 8 701 940 M. im Jahre 1914 und 8 074 085 M. im Jahre 1915, vom Kriegsausbruch bis zum 30. Juni 1916 insgesamt 17 989 759 M. verausgabt. Die sonstigen Ausgabeposten der Verbände sind fast alle bis auf den für Lohnbewegungen ohne Arbeitslosenstellung gegenüber dem Vorjahre zurückgegangen, zum Teil sehr erheblich. Für Lohnbewegungen und Streiks wurden 229 418 M. verausgabt. Die Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung ging von 27 718 802 M. im Jahre 1914 auf 3 485 423 M. im Jahre 1915 zurück; die Ausgabe für Krankenunterstützung verringerte sich von 10 795 912 M. auf 2 425 083 M. An Notstandsunterstützung wurden 1914: 8 457 891 M. und 1915: 1 824 322 M. verausgabt. Die Zusammenfassung aller Ausgaben für Unterstützungen — ohne die bei Streiks gewährte — ergibt für 1915 die Gesamtsumme von 17 862 340 M., während sie im Jahre 1914: 48 889 428 M. betrug. Insgesamt verausgabten die Zentralverbände 1915: 84 938 864 M., 1914 dagegen 79 547 272 M. Was kaum zu erwarten war, ist eingetreten: Die Zentralverbände haben im zweiten Kriegsjahr finanziell ähnlich abgeschnitten, nämlich die Hälfte ihrer Zahl sogar gegenüber dem Jahre 1914 einen Vermögenszuwachs buchen.

Während der Kriegszeit sind, wie die Statistik nachweist, bei der Generalkommission angeschlossenen Zentralverbände im vollen Umfange leistungsfähig geblieben. Auch ihre innere Festigkeit ist nicht erschüttert. Es wird hoffentlich bei den nächsten Eurostat die bessere Einsicht zum Siege gelangen und nicht ein drittes Kriegsjahr mit allen seinen Schrecken und Verwüstungen über die Völker verhängt werden. Wohl ist damit zu rechnen, daß auch dieses von den Gewerkschaften getragen würde, jedoch ist bei längerer Kriegsdauer ihre Widerstandskraft für die Zeit unmittelbar nach Kriegschluss geschwächt, in der sie am leistungsfähigsten sein müssen. Der Arbeitsmarkt wird dann überfüllt sein und die Unternehmer werden wahrscheinlich versuchen, die Lebenshaltung der Arbeiter herabzudrücken. Dann stehen den Gewerkschaften schwere Kämpfe bevor. Zwar erwarten wir, daß die aus dem Felde heimkehrenden Gewerkschaftsgenossen ihren Organisationen gegenüber genau so treu ihre Pflicht erfüllen, wie sie es brauchen zum Schutze des Vaterlandes getan haben. In erster Linie haben aber die Dabeistehenden dafür zu sorgen, daß unsere Verbände stark gestärkt bleiben, damit auch diese Zeit so überwunden wird, wie die der schweren Kriegsnöte.

Verbandsteil.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Dehmann, Vorsitzender, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32. — Telephonamt Roland 6048. Bürozeit von 8 bis 4 Uhr nachmittags.

Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Geb.-, Einschreib- und Beilagennummern nur an H. Kleber-Welland, Bremen, Faulenstraße 58/60 (Gewerkschaftshaus), Zimmer Nr. 32. — Bankkonto bei der Bankabteilung der Groß-einkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine m. B. & Co. in Hamburg, Postfach Nr. 5349 beim Postsekretariat in Hamburg.

Für die Expedition bestimmte Zuschriften sind an Joh. Krieh, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Für die Redaktion bestimmte Zuschriften sind an Walter Krieh, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Für den Anstich bestimmte Zuschriften sind an E. Schorn, Hamburg, Befendberhof 57 III, Zimmer 45 und 46 (Gewerkschaftshaus) zu adressieren.

Folgende Gelder sind bei mir eingegangen (S. = Verbandsbeiträge, A. = Annoucen):

- 2. September: Erfurt B. 40.—, 21. Oktober: Döbber B. 30.—, 27. Oktober: Lampertshaus B. 80.—, Rheda B. 150.—, A. 80 A. Strehlen B. 100.—, Südhemmer B. 80.—, 28. Oktober: Rommberg B. 50.—, Nordhausen B. 500.—, Dietrich B. 150.53, Röhlsheim a. Main B. 24.09, Langenfelde B. 5.56, 29. Oktober: Spenge B. 100.—, Schönbäumen B. 35.—, Rowisch B. 100.—, 30. Oktober: Brandenburg B. 60.—, Greysburg B. 100.—, Mainz B. 120.—, Schornberg B. 33.47, Dieckfeld B. 100.—, Lemgo B. 150.—, Halle a. S. B. 100.—, Neuenkirchen B. 50.—, Brake i. Lippe B. 60.—, Achim B. 200.—, Schönbäumen B. 200.—, 31. Oktober: Neuen B. 60.—, Neirmünde B. 80.—, Nordhausen B. 500.—, Wafungen B. 35.—, Kelling B. 150.—, Lorch B. 100.—, Eldersdorf i. Hess. B. 21.—, Werltungen B. 23.61, Erfurt B. 10.—, 1. November: Gredemühl B. 40.—, Magerleben B. 20.—, 2. November: Löwen B. 80.—, Gertrode B. 22.—, Eitelien B. 60.—

Die Bevollmächtigten werden gebeten, alle überflüssigen Gelder umgehend einzusenden.

Bremen, den 6. November 1916.

H. Kleber-Welland.

Abrechnungen vom 3. Quartal 1916 gingen bis 7. Novbr. ein: 2. Gau Hannover: Gernrode-Quedlinburg, Dessau, Stendal, Osterfeld; 3. Gau Nordhausen: Eietzen, Blau, Cassel; 4. Gau Herford: Bonn, Hess.-Obernordf., Stift-Quernheim, Berke, P. Oldendorf; 5. Gau Hildesheim: Kelling, Rughoch, Osterheim; 7. Gau Osnabrück: Egermeyer, Osnabrück; 8. Gau Westfalen: Gornsdorf; 9. Gau Götting: Meuselwitz, Winterberg, Leuchter, Weida, Nischhausen, Nischwitz, Lobenstein; 10. Gau Dresden: Nitschen; 11. Gau Breslau: Woblag; 12. Gau Berlin: Bublitz, Jantzen, Bublitz, Berlin.

